SWR
Druckversion

4,5 von 5 Sternen gewählt.

Neue Belege zeigen, wie die Bahn bei den Kosten trickste

Finanzaffäre Stuttgart 21

Die projektkritische Gruppe "Juristen zu Stuttgart 21" hat eine Strafanzeige gegen Verantwortliche der Deutsche Bahn gestellt. Grundlage waren unter anderem Unterlagen, die das ARD Politikmagazin REPORT MAINZ recherchiert hatte. Es handelt sich dabei um vertrauliche, interne Dokumente, geschrieben von Fachplanern im Auftrag der Deutsche Bahn. Sie zeigen, dass die Bahn schon vor Abschluss der Finanzierungsvereinbarung im April 2009 genau wusste, dass wesentliche Posten des Bahnhofneubaus deutlich teurer werden.

Ein Sprecher der "Juristen zu Stuttgart 21", Rechtsanwalt Bernhard Ludwig, sagte im Interview mit dem ARD Politikmagazin: "Aus meiner Sicht hätten diese Zahlen in die Finanzierungsvereinbarung mit einfließen müssen." Die Bahn dementiert die von REPORT MAINZ recherchierten Zahlen auf Anfrage nicht, erklärt aber, die Unterlagen hätten erst nach Vertragsabschluss im Sommer 2009 vollständig vorgelegen. Der Baurechtler Peter Löffelmann von der Fachhochschule Stuttgart hält die ihm von REPORT MAINZ vorgelegten Dokumente aber für so exakt und detailgenau, dass er von einer entsprechen präzisen Kostenermittlung ausgeht. Löffelmann gehört auch zur Gruppe der "Juristen zu Stuttgart 21".

Finanzaffäre Stuttgart 21
REPORT MAINZ, 20.9.2011 | 6:01 min

Zum Abspielen von Audios und Videos auf unserer Webseite benötigen Sie den Flash-Player von Adobe. Diese Software ist eine Erweiterung für Ihren Browser.

Hier können Sie sich den kostenlosen Flash-Player herunterladen.

Alternativ können Sie hier klicken, um den Beitrag im Windows Media Format in einem externen Player abzuspielen.

Folgende Akteure und Politiker wurden für ein Interview zum Beitrag angefragt und haben abgesagt:
- Rüdiger Grube, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG
- Günther Oettinger, CDU, ehemaliger Ministerpräsident Baden-Württemberg
- Stefan Mappus, CDU, ehemaliger Ministerpräsident Baden-Württemberg
- Nils Schmid, SPD, Minister für Finanzen und Wirtschaft sowie Stellvertretender Ministerpräsident von Baden-Württemberg
- Claus Schmiedel, SPD, Fraktionschef Baden-Württemberg

Alle Sendetermine:
20.09.2011, 21.45 Uhr, Report Mainz, Das Erste

Letzte Änderung am: 19.09.2011, 10.54 Uhr

Mehr im SWR:

20.09.2011: Projektkritische Gruppe "Juristen zu Stuttgart 21" stellt Strafanzeige gegen Verantwortliche der Deutsche Bahn
http://www.swr.de/report/presse/-/id=1197424/nid=1197424/did=8626070/15crw2r/index.html

Text des Beitrags | Neue Belege zeigen, wie die Bahn bei den Kosten trickste

Finanzaffäre Stuttgart 21

Wer Stuttgart hört, versteht meist nur Bahnhof. Und das bleibt wohl so, bis in einer Volksabstimmung über das umstrittene Großprojekt entschieden wird.

Proteste vor dem Stuttgarter Hauptbahnhof

Man muss nicht das Klischee vom sparsamen Schwaben bemühen, um festzustellen, dass die Frage nach den Kosten für die Zukunft von Stuttgart 21 von zentraler Bedeutung ist. Und deshalb haben Wim Hüffer und Gottlob Schober recherchiert, mit welchen Summen die Bahn intern kalkuliert hat und mit welchen Summen sie an die Öffentlichkeit ging. Sie ahnen es, die Summen sind nicht deckungsgleich.

Bericht:

Hauptbahnhof Stuttgart vor wenigen Tagen. Im November sollen die Baden-Württemberger über den neuen Super-Bahnhof entscheiden. Immer noch emotionalisiert das Thema Stuttgart 21 viele Menschen. Das Misstrauen der Bahnhofs-Gegner ist groß.

O-Ton:
»Ich glaube, dass die Bahn uns an der Nase herumführt und dass das Projekt nicht real geplant ist.«

O-Ton:
»Ich glaube, dass das angegangen wird, in dem Vertrauen darauf, dass der Steuerzahler schon für alles aufkommen wird, für alles, was schiefgeht.«

Was ist passiert? 2. April 2009. Bahn und Land schließen einen Vertrag über die Finanzierung von Stuttgart 21 ab. Kosten des Projekts: rund 3 Milliarden Euro.

Jedoch schon wenige Monate später, im Dezember 2009, gesteht Bahnchef Rüdiger Grube ein: Das Bahnhofsprojekt wird deutlich teurer als im April noch vertraglich vereinbart. Statt rund drei Milliarden sind es jetzt auf einmal vier.

O-Ton, Rüdiger Grube, 10.12.09, Vorstandsvorsitzender Deutsche Bahn AG:

»Damit, meine Damen und Herren, kann ich Ihnen bestätigen, A: dass wir teurer geworden sind, und zwar ungefähr um eine Milliarde im Vergleich zu dem, was bisher in der Öffentlichkeit bekannt war, auch zu dem, was wir wussten.«

Rüdiger Grube, 10.12.09, Vorstandsvorsitzender Deutsche Bahn AG

Wusste die Bahn von den Kostensteigerungen vor Vertragsabschluss wirklich nichts? Der Baden-Württembergische Verkehrsminister Winfried Hermann hatte schon damals einen Verdacht und kritisiert seine Vorgänger.

Winfried Hermann, B'90/Die Grünen, Verkehrsminister Baden-Württemberg

O-Ton, Winfried Hermann, B'90/Die Grünen, Verkehrsminister Baden-Württemberg:

»Ich hätte diesen Finanzierungsvertrag nicht unterschrieben.«

Frage: Warum nicht?

O-Ton, Winfried Hermann, B'90/Die Grünen, Verkehrsminister Baden-Württemberg:

»Weil einige Informationen nicht da waren, und weil viele Hinweise da waren, dass die Kosten, die angegeben werden, nicht dem entsprechen, was zum damaligen Zeitpunkt schon Kenntnis eigentlich der Experten, der Insider war.«

Was wusste die Bahn genau und wann wusste sie es? Hat sie Informationen unterschlagen? Bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft gingen mehrere Strafanzeigen ein. Vorwurf: Betrug. Doch die Staatsanwaltschaft sah keinen Anlass für Ermittlungen gegen die Deutsche Bahn und keinen begründeten Verdacht der betrügerischen Täuschung. Ist also alles in Ordnung?

REPORT MAINZ wurden vertrauliche, interne Dokumente zugespielt. Geschrieben von Fachplanern im Auftrag der Deutsche Bahn AG. Sie zeigen: Die Bahn wusste schon vor Unterzeichnung der

Finanzierungsvereinbarung im April 2009 genau, dass wesentliche Posten deutlich teurer werden.

Zum Beispiel der Tiefbahnhof um 185 Millionen Euro, der Fildertunnel sogar um 455 Millionen. Insgesamt ergeben sich nach unseren Unterlagen Kostensteigerungen von fast einer Milliarde Euro. Doch im Vertrag ist davon keine Rede.

Die Bahn dementiert die von uns recherchierten Zahlen nicht, behauptet aber, die Unterlagen hätten erst nach Vertragsschluss im Sommer 2009 vollständig vorgelegen. Doch wie vorläufig waren die Berechnungen?

Für den Baurechtler Prof. Peter Löffelmann waren sie schon damals äußerst exakt und detailgenau. Der Rechtsanwalt, der zur projektkritischen Gruppe "Juristen zu Stuttgart 21" gehört, hat sich mit der Thematik ausführlich beschäftigt und für uns die vertraulichen Dokumente überprüft. Er ist davon überzeugt, dass die Bahn diese Zahlen bei Vertragsabschluss hätte vorlegen müssen.

O-Ton, Prof. Peter Löffelmann, Baurechtler, Fachhochschule Stuttgart:

»In den Unterlagen ist sehr präzise beschrieben, wie die Tunnelbauarbeiten durchzuführen sind. Meter für Meter – und mit welcher Art und Weise der Durchführung dieser Arbeiten. Wenn so präzise gearbeitet wird bei der Arbeitsbeschreibung der durchzuführenden Leistungen, gehe ich davon aus, dass entsprechend präzise auch die Kosten ermittelt worden sind.«

Prof. Peter Löffelmann, Baurechtler, Fachhochschule Stuttgart

Also: Fachplaner im Auftrag der Bahn haben die sich abzeichnenden Mehrkosten bis in kleinste Positionen berechnet. Die Bahn kannte diese Zahlen vor Abschluss der Finanzierungsvereinbarung.

Bernhard Ludwig, Sprecher "Juristen zu Stuttgart 21"

O-Ton, Bernhard Ludwig, Sprecher "Juristen zu Stuttgart 21":

»Aus meiner Sicht hätten diese Zahlen in die Finanzierungsvereinbarung mit einfließen müssen. Dann wäre auch der Vertragsinhalt anders ausgefallen, weil dann ein anderer Kostenrahmen, ein wesentlich höherer Kostenrahmen hätte vereinbart werden müssen.«

Deshalb wird bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart in dieser Sache bald wieder Post eingehen.

O-Ton, Bernhard Ludwig, Sprecher "Juristen zu Stuttgart 21":

»Wir werden eine sehr genau begründete Strafanzeige stellen und auf diese Dokumente Bezug nehmen.«

Unabhängig von der Strafanzeige: Stuttgart-21-Schlichter Heiner Geissler sieht auch aufgrund der vertraulichen Dokumente Anlass, die Bahn in die Pflicht zu nehmen.

O-Ton, Heiner Geißler, Schlichter Stuttgart 21:

Heiner Geißler, Schlichter Stuttgart 21

»Also das sind ihre Recherchen. Wenn das wahr ist, dann sind die Vertragspartner damals von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Die Bahn ist nun wirklich verpflichtet, eine aktualisierte, neue und realistische, ehrliche Kostenrechnung vorzunehmen, vor allem vor der Volksabstimmung, weil diese Volksabstimmung sonst so keine reelle, richtige Grundlage hat.«

Selbstverständlich wollten wir von den Verantwortlichen wissen, wie sie zu unseren Recherchen stehen, leider nur Absagen. Mit wem genau wir reden wollten, sehen Sie hier:

Folgende Akteure und Politiker wurden für ein Interview zum Beitrag angefragt und haben abgesagt:

- Rüdiger Grube, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG
- Günther Oettinger, CDU, ehemaliger Ministerpräsident Baden-Württemberg
- Stefan Mappus, CDU, ehemaliger Ministerpräsident Baden-Württemberg
- Nils Schmid, SPD, Minister für Finanzen und Wirtschaft sowie Stellvertretender Ministerpräsident von Baden-Württemberg
- Claus Schmiedel, SPD, Fraktionschef Baden-Württemberg

Unser Fazit der Geschichte: Wenn einer um jeden Preis bauen will, bleibt die Wahrheit schon mal auf der Strecke.

Alle Sendetermine:
20.09.2011, 21.45 Uhr, Report Mainz, Das Erste

Letzte Änderung am: 19.09.2011, 10.54 Uhr

Mehr im SWR:

Manuskript zum Herunterladen: Finanzaffäre Stuttgart 21
(80,9 KB)
http://www.swr.de/report/-/id=8621666/property=download/nid=233454/1wbjx9v/20110920-finanzaffaere-stuttgart-21.pdf

20.09.2011: Projektkritische Gruppe "Juristen zu Stuttgart 21" stellt Strafanzeige gegen Verantwortliche der Deutsche Bahn
http://www.swr.de/report/presse/-/id=1197424/nid=1197424/did=8626070/15crw2r/index.html

---

URL: http://www.swr.de/report/-/id=233454/nid=233454/did=8621490/1u6zzs3/index.html

---

Der SWR ist Mitglied der ARD

Sitemap | Impressum | Datenschutz | © SWR 2011